

An das  
Bundeskanzleramt – Verfassungsdienst  
z.Hd. Herrn Dr. Patrick Segalla  
Ballhausplatz 2  
1014 Wien

Josefsplatz 1, A-1015 Wien  
Postfach 308  
Tel.: (+43 1) 534 10-0  
Fax: (+43 1) 534 10-280  
www.onb.ac.at  
onb@onb.ac.at

**Dr. Johanna Rachinger**  
Generaldirektorin der  
Österreichischen Nationalbibliothek

Wien, am 18.4.2008

**Betrifft: GZ BKA-600.851/0002-V/4/2008,  
Stellungnahme der Österreichischen Nationalbibliothek zur  
geplanten Änderung des Mediengesetzes**

Die Österreichische Nationalbibliothek dankt dem Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst für die am 21. Februar 2008 erfolgte Übermittlung des Begutachtungsentwurf zur Änderung des Mediengesetzes und für die Gelegenheit, zu diesem Entwurf Stellung zu nehmen.

- a) Zusammenfassende Stellungnahme
- b) Stellungnahme mit Erläuterungen
- c) Text des Novellen-Entwurfes mit vorgeschlagenen Änderungen

**(a) Zusammenfassende Stellungnahme** (§§-Angaben beziehen sich auf das Mediengesetz)

- (1) § 43b (4) Zi 5: Medieninhalte, für die eine Vereinbarung gemäß § 43b (8) getroffen wurde, sollten von der Ablieferungspflicht nicht ausgenommen werden.
- (2) § 44 (6): Voller Kostenersatz für die Ablieferung von periodischen elektronischen Medien, die „ohne Erwerbsabsicht und ohne Zusammenhang mit einer Erwerbstätigkeit betrieben“ werden, zu weitgehend.
- (3) Erläuternde Bemerkungen zu Z 5 (§ 44 Abs.5 bis 8): Kostenersatzanspruch der Medieninhaber bezüglich interner Kosten (Personalaufwand vs. Zeitaufwand) unklar.

**(b) Stellungnahme mit Erläuterungen**

Ad (1)

§ 43b (4) Zi 5 sieht vor, dass die Berechtigung gemäß Abs. 2 und die Ablieferungspflicht gemäß Abs. 3 nicht besteht hinsichtlich Medieninhalten, die von einer Vereinbarung im Sinne des Abs. 8 erfasst sind. Begründet wird dies in den Erläuternden Bemerkungen damit, dass hier der Vorrang der Privatautonomie gelte: wenn eine vertragliche Regelung über die Ablieferung zwischen der Österreichischen

Nationalbibliothek und den Medieninhabern bestehe, so soll diese vertragliche Regelung vorrangig sein.

Der Absatz 8 (des § 43b), auf den in dieser Bestimmung Bezug genommen wird, sieht vor, dass die Österreichische Nationalbibliothek mit Medieninhabern abweichende Vereinbarungen über die Modalitäten der Ablieferung von Medieninhalten und deren Benützung treffen kann. Es wird in den Erläuternden Bemerkungen ausdrücklich betont, dass die Ablieferungspflicht an sich nicht dispositiv ist. Durch eine solche Vereinbarung gemäß Absatz 8 sollte daher auch nur geregelt werden können, *wie* abzuliefern ist, verbunden mit der Möglichkeit, eventuell eine (weitergehende) Benützung der abgelieferten Medieninhalte als gesetzlich vorgesehen zu vereinbaren – nicht aber, *ob* überhaupt abgeliefert wird. Es erscheint daher nicht folgerichtig, die Ausnahme dieser Medieninhalte von der Ablieferungspflicht gerade mit dem Vorliegen einer solchen Vereinbarung zu begründen.

Vorgeschlagen wird daher, die Ziffer 5 ersatzlos zu streichen.

Ad (2)

In den Kostenersatzregelungen ist grundsätzlich vorgesehen, dass die Österreichische Nationalbibliothek den zur Ablieferung Verpflichteten generell alle Kosten ersetzt, die den Betrag von 250 Euro übersteigen (§ 44 Abs.5 bis 8). Fordert die Österreichische Nationalbibliothek jedoch zur Ablieferung eines periodischen elektronischen Mediums auf, das der Allgemeinheit unentgeltlich zur Verfügung gestellt und ohne Erwerbsabsicht und ohne Zusammenhang mit einer Erwerbstätigkeit betrieben wird, so soll gelten, dass der Medieninhaber die Österreichische Nationalbibliothek schon dann zu verständigen hat, wenn ihm durch die Ablieferung einmalige unvermeidliche Kosten auch unterhalb dieser Grenze entstehen. Die Österreichische Nationalbibliothek soll in diesem Fall alle entstehenden unvermeidlichen Kosten zu tragen haben, wenn sie ihre Aufforderung zur Ablieferung wiederholt (§ 43 Abs.6). Aus den Erläuternden Bemerkungen geht hervor, dass bei dieser in § 44 Absatz 6 gemachten Ausnahme von der Kostenersatzschranke ab 250 Euro - bzw. bei der Pflicht der Österreichischen Nationalbibliothek zum vollen Kostenersatz - vor allem an Webseiten gedacht ist, die als „Hobby“ (von Privatpersonen) betrieben werden. Durch die gewählte Formulierung wären dem gesetzlichen Wortlaut nach aber auch weitere Medieninhaber wie z.B. Non-Profit-Organisationen, gemeinnützige Vereine oder vergleichbare Interessensvertretungen erfasst. Durch einen vollen Kostenersatz gerade bei diesen Organisationsformen wäre die Österreichische Nationalbibliothek allerdings massiv in der Erwerbung wissenschaftlicher Medieninhalte betroffen, denn gerade im wissenschaftlichen Bereich werden Publikationen typischerweise unentgeltlich von Institutionen zur Verfügung gestellt, die dieser gesetzlichen Definition in aller Regel entsprechen (Institute, Forschungseinrichtungen, Universitäten, wissenschaftliche Anstalten etc.). Auch bei analogen Publikationen gibt es keine vergleichbare Ausnahmeregelungen.

Vorgeschlagen wird daher, die gesetzliche Regelung dahingehend zu präzisieren, dass explizit nur die Medieninhaber, die ihr Medium zu privaten Zwecken betreiben, von der Kostenersatzschranke von 250 Euro ausgenommen werden.

Ad (3)

In den Erläuternden Bemerkungen zu Z 5 (§44 Abs. 5 bis 8) wird hinsichtlich der Kostenersatzregelungen ausgeführt, dass den Medieninhabern durch die Ablieferung, etwa durch die Einrichtung einer Schnittstelle zur ÖNB, „Aufwendungen, insbesondere Personalkosten entstehen“ können, die den Medieninhabern aber nicht unbeschränkt auferlegt werden könnten. Einen Absatz später (EB zu § 44 Abs. 6) wird allerdings ausgeführt, dass „unter Kosten für Aufwendungen im Sinne dieses Gesetzes nur tatsächliche Kosten, nicht aber fiktive Kosten etwa für Zeitaufwand zu verstehen sind“.

Da die Abgrenzung zwischen „Personalkosten“ und „fiktiven Kosten etwa für Zeitaufwand“ im einzelnen problematisch sein könnte, wird vorgeschlagen, diese Unterscheidung zu präzisieren, hilfsweise den Passus „insbesondere Personalkosten“ ersatzlos zu streichen.

Mit der Bitte um Kenntnisnahme dieser im Wege elektronischer Post unter einem auch an das Präsidium des Nationalrates übermittelten Stellungnahme, bzw. um Berücksichtigung der darin vorgeschlagenen Änderungen,

Dr. Johanna Rachinger  
Generaldirektorin der  
Österreichischen Nationalbibliothek

Stellungnahme ergeht per elektronischer Post an:

- [v@bka.gv.at](mailto:v@bka.gv.at)
- [v4@bka.gv.at](mailto:v4@bka.gv.at)
- [begutachtungsverfahren@parlament.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at)

**(c) Text des Novellen-Entwurfes**  
**(alle Änderungsvorschläge in rot)**

**Bundesgesetz, mit dem das Mediengesetz geändert wird**

Der Nationalrat hat beschlossen:

Das Mediengesetz, BGBl. Nr. 314/1981, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 151/2005,

wird wie folgt geändert:

1. Die Bezeichnung „Artikel I“ entfällt.

2. Nach § 1 Abs. 1 Z 1 wird folgende Z 1a eingefügt:

„1a. „**Medieninhalte**“: Mitteilungen oder Darbietungen mit gedanklichem Inhalt in Wort, Schrift, Ton oder

Bild, die in einem Medium enthalten sind;“

3. Nach § 43a werden folgende §§ 43b und 43c samt Überschriften eingefügt:

**„Sammlung und Ablieferung periodischer elektronischer Medien**

§ 43b. (1) Die Österreichische Nationalbibliothek ist höchstens viermal jährlich zur generellen

automatisierten Sammlung von Medieninhalten periodischer elektronischer Medien gemäß § 1 Abs. 1 Z 5a lit. b

oder c berechtigt, die öffentlich zugänglich und

1. unter einer „.at“-Domain abrufbar sind oder

2. einen inhaltlichen Bezug zu Österreich aufweisen.

(2) Die Österreichische Nationalbibliothek ist zur Sammlung von öffentlich zugänglichen Medieninhalten einzelner periodischer elektronischer Medien gemäß § 1 Abs. 1 Z 5a lit. b oder c berechtigt. Sie hat den Medieninhaber darüber schriftlich in Kenntnis zu setzen.

(3) Medieninhaber eines periodischen elektronischen Mediums gemäß § 1 Abs. 1 Z 5a lit. b oder c haben dessen Medieninhalte an die Österreichische Nationalbibliothek abzuliefern, wenn das Medium

1. einer Zugangskontrolle im Sinne des Zugangskontrollgesetzes, BGBl. I Nr. 60/2000 unterliegt, oder

2. sich seiner Art nach an die Allgemeinheit richtet und einer sonstigen Zugangsbeschränkung unterliegt,

die von einer Zugangskontrolle nur dadurch abweicht, dass das Medium auch ohne Entrichtung eines

Entgelts zugänglich ist,

3. zwar keiner Zugangskontrolle oder sonstigen Zugangsbeschränkung unterliegt, aber aus technischen

Gründen dessen Inhalte von der Österreichischen Nationalbibliothek nicht auf Grund von Abs. 2

gesammelt werden können.

(4) Die Berechtigung gemäß Abs. 2 und die Ablieferungspflicht gemäß Abs. 3 bestehen nicht hinsichtlich Medieninhalten

1. die in identischer oder weitgehend identischer Form bereits im Rahmen eines

Medienwerks, das der Anbieters- und Ablieferungspflicht nach diesem Bundesgesetz unterliegt, abgeliefert werden,

2. die überwiegend aus Darbietungen in Ton oder Laufbildern bestehen,

3. von Websites, die die Voraussetzungen des § 25 Abs. 5 erster Satz erfüllen, **oder**

4. an deren bibliothekarischer Bewahrung kein wissenschaftliches, kulturelles oder sonstiges öffentliches Interesse besteht, **und 5. die von einer Vereinbarung im Sinne des Abs. 8 erfasst sind.**

(5) Die Ablieferungspflicht gemäß Abs. 3 entsteht mit der schriftlichen Aufforderung durch die Österreichische Nationalbibliothek. Die Österreichische Nationalbibliothek hat von einer Aufforderung zur Ablieferung abzusehen, wenn

1. die Ablieferung, Speicherung oder Bewahrung der Medieninhalte mit den verfügbaren technischen Mitteln nicht mit angemessenem Aufwand durchgeführt werden könnten, oder

2. die ihr aufgrund der Ablieferung, Sammlung oder Bewahrung entstehenden Kosten in keinem angemessenen Verhältnis zum bibliothekarischen Wert des betroffenen Medieninhalts stehen.

(6) Medieninhaber haben der Ablieferungspflicht durch Ablieferung der Medieninhalte frei von technischen Schutzmaßnahmen oder unter gleichzeitiger Übermittlung der Mittel zur Aufhebung dieser Schutzmaßnahmen nachzukommen. Sie können der Ablieferungspflicht in jeder technischen Form nachkommen, die zwischen ihnen und der Österreichischen Nationalbibliothek vereinbart ist, insbesondere auch durch Anbieten der abzuliefernden Medieninhalte zur Abholung im elektronischen Weg. Der Bundeskanzler hat nach Anhörung der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur mit Verordnung bestimmte nach dem Stand der Technik mögliche, einfache und kostengünstige Ablieferungs- oder Anbietungsverfahren zu benennen, deren sich die Medieninhaber nach vorheriger Mitteilung an die Österreichische Nationalbibliothek jedenfalls bedienen können. Vor Erlassung einer solchen Verordnung sind die Österreichische Nationalbibliothek sowie die Interessensvertretungen der Medieninhaber zu hören.

(7) Die Österreichische Nationalbibliothek hat gesammelte oder abgelieferte Medieninhalte anderen Bibliotheken und Institutionen auf deren Verlangen wie folgt zur Verfügung zu stellen:

1. Medieninhalte, die gemäß Abs. 1 oder 2 gesammelt oder gemäß Abs. 3 abgeliefert wurden der Administrativen Bibliothek des Bundeskanzleramtes und der Parlamentsbibliothek;

2. Medieninhalte, die gemäß Abs. 1 gesammelt wurden dem Österreichischen Staatsarchiv und den durch Verordnung zu bestimmenden Universitäts-, Studien- und Landesbibliotheken;

3. Medieninhalte, die gemäß Abs. 2 gesammelt oder gemäß Abs. 3 abgeliefert wurden den durch Verordnung zu bestimmenden Universitäts-, Studien- und Landesbibliotheken, wenn der Medieninhaber des betroffenen Mediums seinen Sitz im regionalen Wirkungsbereich der betreffenden Bibliothek hat;

4. Medieninhalte, die gemäß Abs. 2 gesammelt oder gemäß Abs. 3 abgeliefert wurden dem Österreichischen Staatsarchiv, wenn diese Medieninhalte unter einer „.gv.at“-Domain abrufbar sind oder der Bund Medieninhaber des betroffenen Mediums ist.

Die Verordnung gemäß Z 2 und 3 ist vom Bundeskanzler im Einvernehmen mit der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur zu erlassen.

(8) Die Österreichische Nationalbibliothek kann mit Medieninhabern abweichende Vereinbarungen über die Modalitäten der Ablieferung von Medieninhalten und deren Benützung treffen. Soweit die in Abs. 7 genannten Bibliotheken nicht Vertragspartei einer solchen Vereinbarung sind, findet für sie § 43d Anwendung.

#### **Zulässigkeit von Vervielfältigungen gesammelter oder abgelieferter Medieninhalte**

§ 43c. Wenn Medieninhalte, die von der Österreichischen Nationalbibliothek nach § 43b Abs. 1 oder 2 gesammelt oder die ihr auf Grund von § 43b Abs. 3 zur elektronischen Abholung angeboten werden, durch das Urheberrecht oder ein verwandtes Schutzrecht geschützt sind, dann darf die Österreichische Nationalbibliothek jeweils ein Vervielfältigungsstück herstellen. Soweit andere in § 43b Abs. 7 genannte Bibliotheken verlangen, ihnen diese Medieninhalte zur Verfügung zu stellen, darf die Österreichische Nationalbibliothek auch für jede dieser Bibliotheken jeweils ein Vervielfältigungsstück herstellen; wenn die Österreichische Nationalbibliothek die Medieninhalte diesen Bibliotheken jedoch zur Abholung im elektronischen Weg anbietet, dann dürfen diese selbst jeweils ein Vervielfältigungsstück herstellen.

#### **Benützung gesammelter oder abgelieferter Medieninhalte**

§ 43d. (1) Medieninhaber eines einer Zugangskontrolle unterliegenden periodischen elektronischen Mediums sind berechtigt, anlässlich der Ablieferung eines Medieninhaltes gemäß § 43b Abs. 3 den Ausschluss der Benützung dieses Medieninhaltes durch Bibliotheksbenutzer für einen Zeitraum von bis zu einem Jahr ab Ablieferung festzulegen. Diese Festlegung hat durch schriftliche Mitteilung an die Österreichische Nationalbibliothek zu erfolgen, die sich auch auf erst zukünftig abzuliefernde Medieninhalte beziehen kann.

(2) Medieninhaber eines periodischen elektronischen Mediums, dessen Medieninhalte gemäß § 43b Abs. 2 von der Österreichischen Nationalbibliothek gesammelt werden, sind berechtigt, den Ausschluss der Benützung der gesammelten Medieninhalte durch Bibliotheksbenutzer für längstens ein Jahr nach Sammlung durch Mitteilung an die Österreichische Nationalbibliothek festzulegen, wenn sie glaubhaft machen, dass für diese Medieninhalte eine Zugangskontrolle zu einem späteren Zeitpunkt als jenem der Veröffentlichung in Kraft treten soll. Diese Festlegung hat durch schriftliche Mitteilung an die Österreichische Nationalbibliothek zu erfolgen, die sich auch auf erst zukünftig gesammelte Medieninhalte beziehen kann.

(3) Soweit und solange Medieninhalte einem Ausschluss von der Benützung gemäß Abs. 1 oder Abs. 2 unterliegen, dürfen sie von der Österreichischen Nationalbibliothek und den sonstigen in § 43b Abs. 7 genannten Bibliotheken ihren Benutzern nicht zugänglich gemacht werden.

(4) Unbeschadet Abs. 3 dürfen die Österreichische Nationalbibliothek und die in § 43b Abs. 7 genannten Bibliotheken gemäß § 43b gesammelte oder abgelieferte Medieninhalte ihren Benutzern nur an ihrem Standort zugänglich machen. Gemäß § 43b gesammelte oder abgelieferte Medieninhalte von Medien, die einer Zugangskontrolle unterliegen, dürfen die Österreichische Nationalbibliothek und die in § 43b Abs. 7 genannten Bibliotheken ihren Benutzern darüber hinaus nur mit der Maßgabe zugänglich machen, dass zum gleichen Zeitpunkt jeweils nur einem Benutzer der betreffenden Bibliothek der Zugang zu Medieninhalten eines bestimmten elektronischen periodischen Mediums ermöglicht wird und dass die Bibliothek für die Benutzer oder diese selbst Ausdrucke dieser Medieninhalte anfertigen dürfen. Eine elektronische Vervielfältigung dieser Medieninhalte durch oder für die Benutzer ist unzulässig.

(5) Die Österreichische Nationalbibliothek und die in § 43b Abs. 7 genannten Bibliotheken haben alle nötigen technischen und organisatorischen Vorkehrungen zu treffen, um die Sicherheit und Integrität der gesammelten oder der abgelieferten Medieninhalte zu gewährleisten und eine Verwendung der Medieninhalte zu verhindern, die den Bestimmungen dieses Paragraphen zuwiderläuft. Sie haben die ablieferungspflichtigen Medieninhaber auf deren Verlangen über die getroffenen Vorkehrungen in Kenntnis zu setzen. Im Falle eines begründeten Verdachts der ungesetzlichen Verwendung gesammelter oder abgelieferter Medieninhalte haben die Österreichische Nationalbibliothek und die in § 43b Abs. 7 genannten Bibliotheken dem betroffenen Medieninhaber Einblick in die Prozesse der Speicherung, Übermittlung und Nutzung der Daten zu gewähren.“

4. Nach § 44 Abs. 1 wird folgender Abs. 1a eingefügt:

„(1a) Der Ablieferungspflicht nach § 43b Abs. 3 hat der Medieninhaber binnen eines Monats nach Aufforderung durch die Österreichische Nationalbibliothek nachzukommen.“

5. Dem § 44 werden folgende Abs. 5 bis 8 angefügt:

„(5) Übersteigen die dem Medieninhaber anlässlich der erstmaligen Ablieferung von Medieninhalten eines periodischen elektronischen Mediums gemäß § 43b Abs. 3 entstehenden einmaligen unvermeidlichen Kosten für erforderliche Aufwendungen, insbesondere solche für die Bereitstellung der Daten, für die Umwandlung der Daten in ein anderes Format oder für die Einrichtung einer Schnittstelle den Betrag von 250 Euro, so hat der Medieninhaber, bevor er Schritte zur Ablieferung von Medieninhalten setzt, die Österreichische Nationalbibliothek darüber zu verständigen. Eine Ablieferung hat in diesem Fall nur zu erfolgen, wenn die Österreichische Nationalbibliothek ihre Aufforderung wiederholt. In diesem Fall hat die Österreichische Nationalbibliothek den diesen Betrag übersteigenden Anteil zu tragen. Wenn die Österreichische Nationalbibliothek in späterer Folge die Ablieferung weiterer Medieninhalte vom selben Medieninhaber verlangt, so hat sie nur die dadurch entstehenden, technisch unvermeidlichen zusätzlichen Kosten zu tragen, soweit diese den genannten Betrag überschreiten.

(6) Fordert die Österreichische Nationalbibliothek zur Ablieferung eines periodischen elektronischen Mediums auf, das der Allgemeinheit **von einer Privatperson** unentgeltlich zur Verfügung gestellt und ohne Erwerbsabsicht und ohne Zusammenhang mit einer Erwerbstätigkeit betrieben wird, so gilt Abs. 5 mit der Maßgabe, dass der Medieninhaber die Österreichische Nationalbibliothek schon dann zu verständigen hat, wenn ihm durch die Ablieferung einmalige unvermeidliche Kosten für erforderliche Aufwendungen



entstehen. Wiederholt die Österreichische Nationalbibliothek daraufhin ihre Aufforderung, so hat sie alle entstehenden unvermeidlichen Kosten zu tragen.

(7) Soweit anderen Bibliotheken oder dem Österreichischen Staatsarchiv gemäß § 43b Abs. 7 Medieninhalte zur Verfügung gestellt wurden, haben sie der Österreichischen Nationalbibliothek die ihr dafür erwachsenden Kosten zu erstatten.

(8) Der Kostenersatzanspruch gemäß Abs. 5, 6 und 7 ist vor den ordentlichen Gerichten geltend zu machen.“

6. In § 45 Abs. 1 wird nach dem Wort „Bibliotheksstücke“ die Wortfolge „oder Medieninhalte gemäß § 43b“ eingefügt; die Wortfolge „dem nach § 43 oder § 43a dazu Verpflichteten“ wird durch die Wortfolge „dem nach § 43, § 43a oder § 43b dazu Verpflichteten“ ersetzt.

7. In § 45 Abs. 2 wird der Ausdruck „§ 43 oder § 43a“ durch den Ausdruck „§ 43, § 43a oder aufgrund eines nach Abs. 1 erlassenen Bescheides“ ersetzt.

8. Dem § 45 werden folgende Abs. 3 und Abs. 4 angefügt:

„(3) Wenn eine Bibliothek eine Sammlung nach § 43b Abs. 1 oder 2 entgegen den gesetzlichen Bestimmungen durchführt oder den Ausschluss von der Benutzung oder die Nutzungsbeschränkungen gemäß § 43d gegenüber den Bibliotheksbenutzern nicht durchsetzt, so ist sie von der nach dem Sitz der Bibliothek örtlich zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde, im örtlichen Wirkungsbereich einer Bundespolizeidirektion von dieser, mit Geldstrafe bis zu 2.180 Euro zu bestrafen.

(4) Eine Strafbarkeit nach Abs. 2 oder 3 besteht nicht, wenn die Tat mit gerichtlicher Strafe bedroht ist.“

9. Der Einleitungssatz des § 50 lautet:

„Die §§ 1, 23, 28 bis 42, 43 Abs. 4, 47 Abs. 1 und 2, 48, 49, im Falle der Z 3 dieser Bestimmung auch § 43b Abs. 1, 2 und 7 sowie im Falle der Z 4 dieser Bestimmung auch § 25 Abs. 5, nicht aber die anderen Bestimmungen dieses Bundesgesetzes, sind auch anzuwenden auf“

10. Vor Artikel II werden die Bezeichnung „Zehnter Abschnitt“ und die Überschrift „Schlussbestimmungen“ eingefügt.

11. Die Bezeichnung „Artikel II“ entfällt. Der bisherige Text des Artikel II samt Überschrift erhält die Bezeichnung „§ 52.“

12. Die Bezeichnung „Artikel V“ und die Überschrift „Inkrafttreten“ entfallen. Der bisherige Text des Artikel V erhält die Bezeichnung „§ 53.“ § 53 erhält die Überschrift „Inkrafttreten der Stammfassung“.

13. Die Bezeichnung „Artikel VI“ entfällt. Der bisherige Text des Artikel VI samt Überschrift erhält die Bezeichnung „§ 54.“

14. Die Bezeichnung „Artikel VIa“ und die Überschrift „Schlussbestimmungen zu Novellen“ entfallen. Der bisherige Text des Artikel VIa erhält die Bezeichnung „§ 55.“ § 55 erhält die Überschrift „Inkrafttretensbestimmungen zu Novellen ab der Novelle BGBl. I Nr. 75/2000“.

15. Dem § 55 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) Die §§ 1, 43b, 43c, 43d, 44, 45, 50, 52, 53, 54, 55, 56 und 57 samt den dazu gehörigen Überschriften und Zwischenbezeichnungen in der Fassung der Novelle BGBl. I Nr. xx/xxxx treten mit 1. Juli 2008 in Kraft.“

16. Die Bezeichnung „Artikel VIb“ entfällt. Der bisherige Text des Artikel VIb samt Überschrift erhält die Bezeichnung „§ 56“

17. Dem § 56 wird folgender Abs. 2 angefügt:

„(2) Verordnungen auf Grund des § 43b in der Fassung der Novelle BGBl. I Nr. xx/xxxx können bereits von dem der Kundmachung der Novelle folgenden Tag an erlassen werden. Sie dürfen frühestens mit dem in § 55 Abs. 5 bezeichneten Tag in Kraft treten.“

18. Artikel VII samt Überschrift entfällt.

19. Nach § 56 wird folgender § 57 samt Überschrift angefügt:

### **Vollziehung**

„Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes sind betraut:

1. hinsichtlich der § 1 Abs. 1 Z 12, §§ 6 bis 23, §§ 28 bis 42, § 43c, § 46 Abs. 1 bis 3 und § 51, des § 54 Abs. 2 bis 8 sowie des § 56 Abs. 1 der Bundesminister für Justiz;
2. hinsichtlich der §§ 2 bis 5 und des § 54 Abs. 1 der Bundesminister für Justiz und der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit;

3. hinsichtlich der §§ 27, 45, 46 Abs. 4 und 49 der Bundesminister für Inneres;
4. hinsichtlich der §§ 43a und 43b der Bundeskanzler im Einvernehmen mit der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur;
5. hinsichtlich der §§ 47 und 48 der Bundesminister für Inneres und der Bundeskanzler;
6. hinsichtlich des § 50 der Bundeskanzler und der Bundesminister für Justiz;
7. hinsichtlich des § 52 der jeweils zuständige Bundesminister;
8. im Übrigen der Bundeskanzler.“